

## Protest in Büchel und der Kampf um Abrüstung und die Friedensbewegung

Hans-Joachim Friedrich

Der Hitzemonat Juli ist vorbei und der August bringt uns wieder gewohnte Sommertemperaturen. Ganz anders verlief das politische Klima in diesem Jahr. Jeden Monat verschärfte sich der maßgeblich durch die USA initiierte Konfrontationskurs gegen die Russische Föderation und die Volksrepublik China, aber auch gegen die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Schwache Hoffnungen, durch international er-

licher, da sich am 6. und 9. August der Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zum 79. Mal jährt. In jedem Jahr wird in diesen beiden Städten, aber auch an vielen anderen Orten der Welt dieses Ereignisses und der Opfer gedacht und die Forderung erhoben, Massenvernichtungswaffen weltweit zu ächten. Tatsache ist aber, dass Fortschritte zur Erreichung einer friedlichen Welt nur durch die Aktivitäten



Foto: Wera Richter

lungen Verträge den Frieden sicherer zu machen, und die größte Geisel der Menschheit, die Atomwaffen abzubauen und schließlich zu verbieten und abzuschaffen, wurden systematisch und nicht erst durch Trump, sondern bereits unter den Präsidenten Bush und „Friedensnobelpreisträger“ Obama unterlaufen. Die UNO, einst als Organ für die Sicherung und Gewährleistung des Friedens geschaffen, wird ignoriert und die USA und ihre Verbündeten, insbesondere die NATO-Staaten, spielen sich als Herrscher der Welt auf. Den bisherigen Höhepunkt stellte die Kündigung des INF-Vertrages dar, die eine neue Runde des Wettrüstens auslöst und die Kriegsgefahr erhöht. Das ist umso abscheu-

der Menschen erreicht werden. Die Regierungen, und jetzt beziehe ich mich auf die Bundesregierung Deutschlands, müssen gezwungen werden, zu der im Grundgesetz postulierten Friedenspflicht zurückzukehren. Dem trägt die Tatsache Rechnung, dass seit 1996 Friedensaktivisten den Abzug von 20 USA-Atombomben, die auf dem Fliegerhorst Büchel in der Vulkaneifel lagern, fordern. Dort trainieren Piloten der Luftwaffe der Bundeswehr seit Jahren den Abwurf dieser Bomben im Rahmen der atomaren Teilhabe Deutschlands. Zwanzig Wochen lang, beginnend mit den Ostermärschen bis zum Jahrestag des Abwurfes der Bombe auf Hiroshima, protestieren die unterschiedlichsten Friedens-

„Erst haben sie uns  
belächelt, dann haben  
sie uns beschimpft, dann  
bekämpft und letztendlich  
haben wir gesiegt“.

initiativen gegen die Lagerung und fordern ihren Abzug. Den Auftakt bildete dieses Jahr eine Gruppe mit Rainer Braun vom Internationalen PEACE-BÜRO und der Aktion „Abrüsten statt Aufrüsten“ sowie der EU-Abgeordneten der Grünen Jutta Paulus. So unterschiedlich und vielfältig die teilnehmenden Gruppen waren, so waren es auch ihre Aktionen. Sie gingen vom Zerschneiden des Sicherheitszaunes und „Picknicken“ auf dem Militärgelände über das Blockieren der Zugänge zum Fliegerhorst bis zum Besuch von 80 Radrennfahrern der Initiative „PEACE-MAKER“ während ihres Marathons in Büchel.

Am 28. Juni waren die Aktivisten von der Kampagne „Stopp Air-Base Ramstein“ dort und stellten bei ihrem Protest den Zusammenhang der beiden Aktionen dar. Eine Gruppe der Quäker und die Kampagne gegen Atomwaffen ICAM gestalteten zwei weitere Wochenenden. Am 1. Juli eröffnete das traditionelle Friedenscamp in unmittelbarer Nähe des Fliegerhorstes, auf dem die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland Margot Käßmann einen Gottesdienst für den Abzug und das Verbot der Atomwaffen hielt.

Ich schloss mich der Aktion der DKP und des SDAJ Rheinland-Pfalz vom 11. bis 14. Juli an und protestierte mit ca. 100 weiteren Aktivisten gegen die Lagerung, geplante Modernisierung und für den Abzug der Bomben sowie für die Kündigung des Stationierungsvertrages von verbündeten Streitkräften und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die Bundesregierung. Unter den Aktivisten waren Vertreter vom Bremer Friedensforum, aus Gießen, Essen, Stuttgart, Kassel, Torgau und Brandenburg, aber auch aus Luxemburg, Belgien und den Niederlanden, zu denen die DKP Rheinland-Pfalz enge Beziehungen unterhält. Besonders bewegte mich eine internationale Jugendgruppe, die durch eine fantasievolle Umgestaltung des Märchens „Rotkäppchen und der Wolf“ ihren Protest zum Ausdruck brachte. Bei einem Info-Stand in Trier, an dem ich teilnahm und unsere Dokumentation „Soldaten für den Frieden“ verteilte, konnte ich bei den Gesprächen mit den Bürgern die einhellige Verurteilung der Konfrontationspolitik der USA feststellen, aber auch das Resignieren vor der eigenen Wirksamkeit.

Auf einer Friedenskundgebung am 13. Juli, bei der Tobias Kriele, Landessprecher der DKP Rheinland-Pfalz, ein Resümee unserer erfolg-

reichen Protestaktion zog, sprachen auch Vertreter der Friedens- und Antiatomwaffenbewegung aus den USA, Neuseeland und England und der Vorsitzende der Luxemburgischen KP. Die Teilnehmer kamen zu dem Schluss, dass der Kampf mit Beharrlichkeit und Ausdauer weitergeführt werden muss. Es kursierte das Gandhi-Zitat „Erst haben sie uns belächelt, dann haben sie uns beschimpft, dann bekämpft und letztendlich haben wir gesiegt“.

Ich hatte Gelegenheit im Zusammenhang mit der Verteilung unserer Dokumentation, die unter den Teilnehmern reges Interesse fand und Anlass für vielerlei individueller Gespräche war, darzulegen, dass die Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR ihren Dienst als Friedensdienst angesehen, nie einen Krieg angezettelt haben oder in ihn verwickelt waren und ihre Aufgabe heute darin sehen, sich in

die Reihen der Friedensaktivisten einzuordnen und gemeinsam mit ihnen für eine friedliche Zukunft zu kämpfen. Besonders bewegend war für mich, dass sowohl der Vertreter der amerikanischen Atomgegner als auch der Vorsitzende der Luxemburgischen KP, nachdem ich mich als ehemaliger Offizier der DDR vorgestellt und unsere Dokumentation überreicht hatte, brüderlich umarmt wurde und sie sich für unser Engagement bedankten. Ich kann aus meinen Erlebnissen in Büchel nur erneut bestätigen: wir „Alten“ sind auf Grund unserer Lebenserfahrung in der Pflicht, am gegenwärtigen Kampf um die Erhaltung des Friedens teilzunehmen. Dazu müssen wir Vorurteile und Resignation überwinden und dahin gehen, wo für die Durchsetzung des Grundgesetzes und die Einhaltung der UNO-Charta gekämpft wird. Ich teile die Aussage von Uwe Trinks, mit dessen Auffassung

ich in Vielem nicht übereinstimme, der aber am 1. September auf der Kundgebung auf dem Pariser Platz in Berlin als einer von vielen zum Ausdruck brachte: „Wir Alten, die letzten Kinder des untergegangenen Deutschen Reiches von 1933 bis 1945, haben keinerlei Schuld am Unrecht, was damals geschah, ebenso wenig wie ihr Nachgeborenen, unsere Kinder und Enkel. Wohl aber sind wir verantwortlich für das, was wir im Wissen um dieses Unrecht heute tun oder auch nicht tun. Wir können nicht handeln, als hätte die Vergangenheit nicht stattgefunden. Wir haben lernen müssen, dass grundsätzlich alle Völker als gleichberechtigt zu gelten haben. Keines darf sich über andere erheben oder diese gar bedrohen. Jeder Art von Rassismus ist unzulässig. Würden sich alle an diesen Grundsatz halten, gäbe es keine Kriege mehr.“

\*

### Aus der Arbeit des Vorstandes

Die Broschüre „Strafrenten. Markenzeichen des bundesdeutschen Rechtsstaates – eine Dokumentation“ liegt jetzt gedruckt vor. Exemplare dieser Broschüre werden mit **ISOR aktuell** 9/19 an die TIG versandt. Bestellungen für die kostenlose Lieferung weiterer Exemplare – auch von Einzelmitgliedern – bitte an die Geschäftsstelle.

In ganzseitigen Annoncen im „Neuen Deutschland“, der „jungen Welt“ und der Zeitschrift „Melodie und Rhythmus“ wird auf das Erscheinen dieser Broschüre aufmerksam gemacht, bei gleichzeitiger Veröffentlichung des Vorwortes. Mit der Schaltung dieser Annoncen bekräftigen wir zugleich unsere aktive Solidarität mit diesen in ihrer Existenz bedrohten

Medien. Die Broschüre ist im Internet auf den Web-Seiten der ISOR ([www.isor-sozialverein.de](http://www.isor-sozialverein.de)) und des Insiderkomitees ([www.mfs-insider.de](http://www.mfs-insider.de)) aufrufbar und zum Preis von 3,42 bzw. 2,99 Euro beim Versandhändler Amazon ([www.amazon.de](http://www.amazon.de)) als Broschüre bzw. Kindle-E-Book bestellbar.

\*

Dem Bundespräsidenten, der Bundeskanzlerin, den Vorsitzenden der Fraktionen und von Ausschüssen des Deutschen Bundestages, mehreren Ministern, den Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer, den Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien, der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und weiteren Persönlichkeiten wurde und wird diese Broschüre mit der Bitte um Kenntnisnahme zugesandt.

\*

Auf **Beschluss des Vorstandes** wurde der Vorsitzende der **TIG Greifswald**, Dr. Eberhard Poppig, zum Ehrenmitglied unseres Vereins ernannt. Damit wird sein unermüdlicher Einsatz für den Zusammenhalt der TIG, die Gestaltung einer ansprechenden Vereinsarbeit, die solidarische Verbindung mit der Partei DIE LINKE und anderen Bündnispartnern in der Region besonders gewürdigt.

Sein aktives Engagement für die Belange der ISOR ist angesichts des in diesem Monat von ihm erreichten Alters von 90 Jahren Vorbild und Ansporn für alle Mitstreiter

## Stillstand oder Bewegung nach vorn

Dr. Jürgen Zenker

Seit geraumer Zeit wird darüber gestritten, ob es für Deutschland geboten ist, das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu ratifizieren. Auf nationaler Ebene haben sich Organisationen der Zivilgesellschaft längst dafür eingesetzt. Auch international wächst die Zahl der Staaten, die Deutschland zur Ratifikation auffordern. Im Herbst 2018 haben sich zwei UN-Menschenrechtsgruppen mit der bisherigen Nicht-ratifikation des Fakultativprotokolls durch Deutschland befasst. Der Menschenrechtsrat hat mit der Annahme der Entscheidung 39/104 vom 20. September 2018 das UPR-Verfahren zu Deutschland (3. Zyklus) beendet und ist damit 259 Empfehlungen gefolgt, die im Bericht der UPR-Arbeitsgruppe enthalten sind, darunter die Empfehlungen 155.4-6, die Deutschland auffordern, sich dem Fakultativprotokoll anzuschließen. Auch der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hat sich im endgültigen Text seiner abschließenden Bemerkungen vom 27. November 2018 positioniert. Punkt 4. lautet: „Der

Ausschuss begrüßt die Erklärung der Delegation des Vertragsstaates, dass die Regierung plant, das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu ratifizieren und ermuntert den Vertragsstaat, die Ratifikation zu beschleunigen.“ Dieser Text belegt, dass den 18 Mitgliedern des UN-Ausschusses erfolgreich erläutert worden ist, dass in Deutschland nur noch der Punkt auf dem i fehlt, um die Ratifikation endlich zu vollziehen. Es war gesagt worden, dass die Ratifikation im Koalitionsvertrag steht und der Ratifikationsprozess im Gange sei. Wie sich nun zeigt, wurde auf internationaler Ebene so getan als sei alles in trockenen Tüchern, obwohl es in Deutschland selbst fortbestehenden Widerstand gegen die Ratifikation gibt. Bei der Diskussion eines Antrages der Partei DIE LINKE mit dem Titel „ Soziale Ungleichheit überwinden - Soziale Menschenrechte garantieren“ (Bundestagsdrucksache 19/4561 vom 26.09.2018) im federführenden Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 15. Mai 2019 räumte die Fraktion

der CDU/CSU ein, dass es „einen Dissens zwischen dem Bundesinnenministerium und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales“ gebe, „was den Fortgang der Ratifikation angehe“. Ein Argument dabei sei das Streikverbot für Beamte. Vieles deutet darauf hin, dass ein solches Argument vorgeschoben ist.

Von der grünen Fraktion wurde zu Recht betont: „Dass das Streikrecht für Beamte das entscheidende Hindernis sein sollte, könne man sich kaum vorstellen.“ Zugleich wurde auf Möglichkeiten verwiesen, zu einer Lösung zu kommen. Das kann nur unterstrichen werden. Es ist für Deutschland bereits peinlich genug, bisher das Fakultativprotokoll nicht ratifiziert zu haben.

Nunmehr wird die Peinlichkeit noch gesteigert, indem auf der internationalen Bühne Erfolg in Aussicht gestellt wird, während im nationalen Rahmen weiter geblockt wird. Es ist höchste Zeit, endlich zu einer wirklichen Lösung zu kommen. Jeder Tag ist dabei von Bedeutung. Es geht auch um das internationale Ansehen Deutschlands.

In Anbetracht der geschilderten Sachlage ergeben sich zwei Konsequenzen:

**Erstens** sind verlässliche Informationen darüber geboten, wann, wie von der grünen Bundestagsfraktion in Aussicht gestellt, der Ratifikationsprozess erfolgreich abgeschlossen sein wird.

**Zweitens** sollten, unabhängig davon, ob bis zur tatsächlichen Ratifizierung des Fakultativprotokolls weitere Zeit vergeht oder nicht, Vorbereitungen für Mitteilungen nach Artikel 2 durch Einzelpersonen oder Personengruppen aus unserem Lande getroffen werden, „die behaupten, Opfer einer Verletzung eines der im Pakt niedergelegten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte durch diesen Vertragsstaat zu sein.“

Dabei ist zu beachten, dass der mit Mitteilungen befasste Ausschuss, nämlich der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (vgl. die diesbezügliche Aussage in der Präambel des Fakultativprotokolls) solche Mitteilungen nur dann prüft, „wenn er sich vergewissert hat, dass alle zur Verfügung stehenden innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft worden sind“ (Artikel 3), also die Ausschöpfung des nationalen Rechtswegs ist eine Voraussetzung.

Was den Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte betrifft, so hat er sich wiederholt mit Verletzungen der Rechte des Sozialpakts in Deutschland befasst und in seinen abschließenden Bemerkungen dazu Aussagen getroffen.

Beispielhaft kann die Ziffer 22 der abschließenden Bemerkungen des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte genannt werden (UN-Dokument E/C. 12/DEU/CO/5 vom 12. Juli 2011). Der Text lautet: „Der Ausschuss ist besorgt über die Diskriminierung bei der Inanspruchnahme der Rechte auf soziale Sicherheit zwischen östlichen und

westlichen Bundesländern, die in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2010 über die Versorgungsansprüche ehemaliger Minister und stellvertretender Minister der DDR zum Ausdruck kommt.

Der Ausschuss fordert den Vertragsstaat nachdrücklich auf, umgehende und wirksame Maßnahmen zu treffen, um jede weitere Diskriminierung in der Höhe von Leistungen der sozialen Sicherheit zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern zu verhindern, und Fälle, in denen eine solche Diskriminierung besteht, zu lösen.“

Dazu muss allerdings festgestellt werden, dass weder die Bundesregierung noch das Bundesverfassungsgericht bereit waren, Konsequenzen aus der zitierten Aussage in Ziffer 22 zu ziehen. Zugleich ist noch einmal zu unterstreichen, dass der UN-Ausschuss neben Neuregelungen für DDR-Minister und ihre Stellvertreter ausdrücklich auch auf Fälle hingewiesen hat, in denen rentenrechtliche Diskriminierungen vorliegen und wo Lösungen geboten sind.

Verfassungsbeschwerden zu § 6 AÜG von Personen, die der Kategorie bestimmter Funktionen zugeordnet waren, wurden vom Bundesverfassungsgericht am 9. November 2017 nicht zur Entscheidung angenommen. Weitere Verfassungsbeschwerden zu den §§ 6 und 7, die im Einklang mit Ziffer 22 unterbreitet wurden, wurden gleichermaßen nicht angenommen. In einer gemeinsamen Erklärung von sechs ostdeutschen Vereinen und Verbänden vom 24. Januar 2018 wurde betont, dass die Nichtannahme ein „Beleg für die weitere Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland“ ist, und es geboten ist, „von Rachsucht und Hass geprägte Entscheidungen zu korrigieren“.

Damit ist zugleich deutlich geworden, dass eine Voraussetzung für die Annahme und Erörterung möglicher Mitteilungen, die an den Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte gerichtet werden, erfüllt ist, die Ausschöpfung des nationalen Rechtswegs. Wenn das Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerden nicht annimmt, die Behandlung verweigert, dann ist der nationale Rechtsweg ausgeschöpft.

Was die Erfolgchancen unserer möglichen Mitteilungen betrifft, die durch den UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu prüfen und zu entscheiden sind, so ist von Bedeutung, dass dieses UN-Gremium selbst die zitierte Ziffer 22 formuliert hat. Im Übrigen gilt der Grundsatz, dass bisher nicht erfüllte Forderungen aktuell bleiben (vgl. Ziffer 6 der abschließenden Bemerkungen vom 12. Juli 2011 – UN-Dokument E/C 12/DEU/CO/5).

Es ist Praxis, dass der genannte Ausschuss eine rechtliche Würdigung der übersandten Mitteilungen vornimmt und dabei Rechtsempfehlungen ausspricht. Dafür wird der englische Begriff „Views“ verwendet.

\*

## Zwischenspiel

Der Gastgeber rüstete sich schon für den Besuch und der Besucher rüstete sich auch. Es war sowieso seine Lieblingsbeschäftigung.

Und für die Abendgestaltung hatte er sich sein persönliches „Monopoly“-Spiel eingepackt. Dessen Regeln waren simpel: Er gewinnt immer. Die „Königstraße“ hieß „Grönland“ und dieses sowie die Würfel waren schon gefallen. Das gefiel aber den Gastgebern nicht und sie sagten „nö“. Korrekterweise sagten sie „ingen, wir verspielen unser Kalaallit Nunaat nicht, es ist schließlich die größte Insel im Nordpolargebiet und birgt wertvolle Rohstoffe. Außerdem hast du dort schon einen Luftwaffenstützpunkt in Thule. Lass uns stattdessen eine Runde ‚Mensch ärgere dich‘ spielen.“

Da lief der weiße Häuptling vor Wut rot an und sagte sein Gastspiel kurzerhand ab.

Wird es jetzt faul im Staate Dänemark? Organisiert der im Erstberuf tätige Immobilienhändler eine „Demokratiebewegung“ unter den etwa 55 Tausend Grönländern? Lässt er sie die US-Fahne schwenken und die USA um Schutz ersuchen? Könnten ein paar Hunderttausend Hongkonger aushelfen, die gerade so schön in der Übung sind? Hallo, Mr. President, da müsste doch etwas zu machen sein.

Was könnten die Dänen denen schon entgegensetzen? Vielleicht einen Egon, der einen mächtig gewaltigen Plan für ein Zwickmühle-Spiel hat.

\*

## TIG-Forum

### WER KANN HELFEN

Liebe Freunde, die Dokumentation zum Fliegehrenmal in Syhra liegt druckfertig als russische Ausgabe vor. Um die Doku möglichst vielen russischen Bürgern zugänglich zu machen, sind wir an Kontakten, auch aus dem persönlichen Bereich interessiert. Bitte wendet Euch per E-Mail Kennwort „Syhra“ an tig.geithain@gmx.de

\*

Am 24. August veranstaltete die TIG Rügen ihr diesjähriges Sommerfest. Die einzige Gelegenheit, bei der sich die Genossen in großer Anzahl mal wieder sehen und sich austauschen können, aber natürlich auch sich die aktuelle Lage und Situation in unserem Verein näherbringen zu lassen.

Und dazu begrüßten wir unseren Landesbeauftragten und Vorstandsmitglied unseres Vereins Manfred Jonischkies, der unserer Einladung gern gefolgt ist.

Großes Interesse fand die angekündigte Dokumentation „Strafrenten - Markenzeichen des bundesdeutschen Rechtsstaates“, die wir bald in den Händen haben werden und, wer die Möglichkeit hat, sie jetzt schon auf unserer Homepage lesen kann. (Siehe Bericht des Vorstandes/Adressen. Red.) Wer ist denn hier nun der Unrechtsstaat? Jedenfalls

konnte man den Diskussionen und Gesprächen untereinander die Genugtuung und Würdigung der Arbeit unseres Vorstandes entnehmen. Die einzige, aber auch nicht unwichtige Möglichkeit, die wir haben, ist uns politisch zu artikulieren und auf die Menschenrechtsverachtung so mancher Politiker aufmerksam zu machen.

Manfred Pietschmann

\*

## Aus der Postmappe

Deutschland ist Exportweltmeister, das British Empire war einst das größte Kolonialreich der Geschichte, und der ehemalige Präsident der USA, Jimmy Carter, ist stolz darauf, dass sich die USA heute als die größte Kriegsmacht der Welt auszeichnet.

Seit ihrer Gründung vor 243 Jahren haben die USA 219 Kriege geführt, militärisch interveniert oder waren an kriegsähnlichen Handlungen beteiligt. Seit dem 4. Juli 1776 hatten die USA nur 16 friedliche Jahre.

Das hat J. Carter kürzlich ehrfurchtsvoll verkündet, mit den Worten, dass die USA zur kriegerischsten Nation der Welt geworden ist.

Inzwischen belasten die unvorstellbar hohen Rüstungs- und Kriegskosten den Haus-

halt dieser Nation. Nun ist es nicht nur in den USA üblich, für selbstverschuldete Probleme die Ursachen außerhalb des Landes zu suchen. Schnell wurde hier das wirtschaftlich prosperierende China identifiziert.

Es ist aber so, dass auch China für seine Sicherheit die Rüstungsausgaben erhöht hat. Natürlich, im Vergleich zu den USA sind sie deutlich geringer. Aber seit dem chinesisch-vietnamesischen Krieg 1979 hat China kein Geld mehr für Kriege ausgegeben. Für US-Amerikanische und mittlerweile auch westeuropäische Denkweisen unvorstellbar. Auch wenn oft mit Neidgedanken auf China herabgeblickt wird, zeigen sie uns doch, was eingesparte Kriegskosten bewirken können.

Peking hat es geschafft aus einem fast feudalistischen Staat in einen Staatskapitalismus zu wechseln.

Das wäre vollkommen unmöglich nur mit dem Spruch „China First“.

Nicht Kriege, militärische Gewalt oder Gewaltandrohung sind international zielführend. Handel zum gegenseitigen Vorteil und auf Augenhöhe sind die wahren Indikatoren für wirtschaftliche und politische Macht. Der Wiederaufbau der argwöhnisch betrachteten Chinesischen Seidenstraße ist sicher geeignet, China wieder zu der einst geachteten Weltwirtschaftsmacht zu machen. Aber ist es schlimm, wenn das ohne Kriege gelingt?

Frieder Rosada, Wismar

## Frieden oder Krieg – Die aktuelle Situation im Sommer 2019

Nach dem Ende des INF-Vertrages gilt es, eine neue atomare Abrüstung zu verhindern. Die Kriegsdrohungen von USA und NATO müssten alle Menschen aufrütteln, sich gegen diese schnell anwachsende und reale Kriegsgefahr zu positionieren und mit uns aktiv werden. Sicherheit in Europa gibt es nur MIT und nicht gegen Russland!!

Gerade unsere Heimatstadt Torgau, Stadt der Begegnung, welche jedes Jahr an den „GEIST DER ELBE“ erinnert, sollte sich der Initiative „MAYORS FOR PEACE“ anschließen, der mittlerweile 328 Städte Deutschlands (Stand 8.7.2019) angehören.

Am 8. Juli jeden Jahres setzen bundesweit „Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für den Frieden“<sup>1)</sup> vor ihren Rathäusern ein sichtbares Zeichen für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen. Die Stadt Torgau wäre dann zumindest in Nordsachsen die erste Stadt, die sich klar zu dieser Friedensinitiative und dem Hoffen und Willen der friedliebenden Menschen dieser Stadt und Region bekennt.

Elke und Gerd Brucks

Zur Erläuterung:

<sup>1)</sup> „Bürgermeister für den Frieden“

1982 von den Bürgermeistern Hiroshima und Nagasaki gegründet; setzt sich für Abschaffung von Kernwaffen und Verwirklichung dauerhaften Friedens durch weltweite Solidarität zwischen Städten über nationale Grenzen und weltanschauliche Differenzen hinweg unter Nutzung wachsenden globalen Netzwerkes von 7.439 Mitgliedsstädten in 162 Ländern und Regionen (Stand 1.9.2017) ein. In Deutschland z. B. Bremen und Trier.

\*

## Zur Rotfuchs-Veranstaltung in der Torgauer Mohrrübe

**Am 20. Juli wurde auch über die Friedensbewegung gesprochen. Gerade weil die EU-Parlamentswahl zeigt, dass die Wähler zwar gewählt haben, aber den Kurs der EU bestimmt der klassisch-bürgerliche Parlamentarismus.**

Das heißt: Der bürgerliche Parlamentarismus gibt dem Volk den trügerischen Schein, dass es in Parlamentswahlen demokratisch darüber entscheiden kann, welche der politischen Parteien die Regierungspolitik bestimmt, und dass die Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Wegen dieser ideologisch verwirrenden Wirkung erschien der Parlamentarismus der Imperialisten als Verschleierung ihrer Diktatur besonders geeignet. Durch den Einsatz gewaltiger Finanzmittel wurde das Denken und Handeln der Wählermassen und der Mehrheit der Abgeordneten im Sinne der volksfeindlichen Interessen beeinflusst (nachzulesen in der Online-Zeitschrift: „Die Trommler“). Aus diesem Grunde ist es an der Zeit, sich bei allen Wählern und Wählerinnen in Nordsachsen und Torgau recht herzlich zu bedanken, die nicht einer Kampagne von Konzernen, Medien und Politik auf den Leim gegangen sind. Wir meinen damit die Bürger, die mit ihrer Wahlentscheidung das Kreuz dort machten, wo es darum geht, Frieden mit Russland zu haben. Auch damit zu zeigen, dass Deutschland die Ausgaben für die Aufrüstung von derzeit etwa 43 Milliarden

Euro auf 80 Milliarden steigern will, ohne die Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu fragen. Danke für ihr Kreuz bei der Partei und Bewegung, die den Anspruch erhebt, die Interessen aller Menschen zu vertreten, die über diese Gefahren aufklären und die Menschen- und Natur-feindliche Politik entlarven.

Es hilft der Menschheit in Europa vor allem nicht, eine Partei als neue Volkspartei hochgepusht zu erleben, obwohl diese die kriegerische (ohne UN-Mandat) und antisoziale Politik (Hartz IV) des deutschen Imperialismus voll mitträgt.

Diese EU-Parlamentswahl hat erneut aufgezeigt, dass Deutschland nach wie vor sowohl in Ost und West als auch in reich und arm, oben und unten geteilt ist. Die Rolle als Verteidigerin der sozialen und demokratischen Rechte hat die Links-Partei als Volkspartei nahezu eingebüßt. Dazu beigetragen dürfte ihr Wechsel zu EU-Befürwortern sein. Von diesem Vakuum profitiert diese Partei, die sich als Protestpartei ausgibt. Bei zentralen Themen wie NATO-Mitgliedschaft, der Politik des deutschen Monopolkapitals, des militaris-

tischen, neoliberalen und undemokratischen EU-Konstrukts. Diese Partei ist eben nicht die Protestpartei der Jugend, der Arbeitslosen, der Arbeiter, Bauern, der kleinen Selbständigen und Rentner.

Wir möchten um folgendes bitten:

Werden Sie aktiv mit uns für mehr soziale Gerechtigkeit, gegen Kriegspolitik und Hochrüstung, gegen Rechtsentwicklung und Demokratieabbau zu kämpfen.

Wir wollen Frieden mit Russland und abrüsten statt aufrüsten!

Die NATO-Kriege ohne UN-Mandat nicht miterleben.

Vor allem, wir Menschen hier an der Elbe möchten, dass der „Geist der Elbe“ nicht in Vergessenheit gerät: Nie wieder Krieg!

Differenzen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen.

Es ist ewige Mahnung an alle Nationen, für das gemeinsame Wohl der gesamten Menschheit zusammenzuarbeiten.

Atomwaffen abschaffen!

**Elke und Gerd Brucks, DKP Torgau**

\*

### Bei anderen gelesen

## Mal was anderes (Frank Schumann)

Dieter Skiba ist, nun ja, erkennbar unglücklich. Der 80-Jährige hat sich die steinernen Stufen in dem sehr schönen Treppenhaus hinaufbemüht, auch wenn er den jüngst an der Außenwand installierten Lift hätte nehmen können. Nein, er wollte den Weg gehen, den er 22 Jahre lang gegangen war. Doch nun stehen wir in der dritten Etage vor einer verschlossenen Tür. Auf dem Flur dahinter befand sich einst sein Arbeitszimmer. Dort standen sein Schreibtisch und ein runder für Beratungen, und aus dem Fenster schaute man auf die Freienwalder Straße, welche zur U-Haftanstalt des Ministeriums führte, dem Skiba von 1958 bis zu dessen Ende diente. Jener Gebäudekomplex zur Linken ist heute Gedenkstätte, bis zum Vorjahr beherrscht von einem diktatorischen Knaben, dessen Namen ich vergessen habe. Er wollte auch dieses denkmalgeschützte Haus seinem Desinformationsimperium zuschlagen, doch er bekam es nicht. Außer einer Stele auf dem Bürgersteig und den obligatorischen Medienberichten trug ihm sein Veitstanz damals nichts ein.

Die Villa gelangte zwar auf die Berliner Denkmalliste, stand aber seit den 1990er Jahren leer. Zwischenzeitlich brannten die umstehenden Werkshallen und Baracken nieder und machten das viergeschossige Gebäude zum Solitär. 2015 erwarben eine Handvoll Künstler und ein Archi-

tekt, gebürtig in Bonn, die Fast-Ruine in Berlin-Hohenschönhausen, um daraus ein Atelier- und Bürohaus zu machen. Vier Jahre später präsentierten sie die beiden ersten restaurierten Etagen. Die Kunstausstellung »Villa Heike and other stories« war vier Wochenenden lang von jeweils 15 bis 18 Uhr zu sehen, seit Mitte März ist das Haus bis auf unbestimmte Zeit für die Öffentlichkeit wieder verschlossen.

Auch Oberstleutnant a. D. Dieter Skiba hatte sich an einem Samstag auf den Weg gemacht, um seine frühere Wirkungsstätte nach erfolgter Restaurierung zu besichtigen. »Das einst prachtvolle Wohn- und Geschäftshaus in der Freienwalder Str. 17, das die DDR-Machthaber für ihre Zwecke missbrauchten« – so liest man auf der Website der Gedenkstätte nebenan – lockte nicht nur ihn: Ein Dutzend Leute begehrte Einlass. Gegen 15 Uhr erschien eine großgewachsene junge Frau mit blonden Haaren und sperrte die Pforte von außen auf. Die ziemlich lange Klingelleiste war so blank wie die Briefkästen daneben. Hier wohnte und arbeitete erkennbar niemand. Noch niemand.

Das Vestibül mit kannelierten dorischen Säulen, Stuckdecke und Treppenaufgang verschlug einem nahezu den Atem. Ein Tempel. Gewaltig und schlicht zugleich, stimmig in Farbe und Proportionen. So

schaute es vermutlich nicht einmal aus, als das Haus vorm Ersten Weltkrieg dem Bauherrn übergeben wurde. Der hieß Richard Heike und machte sein Geld mit Wurst- und Fleischmaschinen. Ein armer Mann war das gewiss nicht, aber er schien wohl den Hals nicht vollzukriegen, denn während der Nazizeit ließ Heike auch Zwangsarbeiter für sich schufden, weshalb Rotarmisten, als sie 1945 Berlin und ihre deportierten Landsleute befreiten, wütend den 80-jährigen Fabrikanten vor seinem Haus exekutierten. Heike hatte bereits im November 1940 um die Ecke, in der Genslerstraße 66, Baracken für etwa hundert »Ostarbeiter« errichten lassen, die Gewehrkolben für die Wehrmacht fertigten.

Über wenige Stufen gelangten Skiba und die anderen Besucher in die lichtdurchfluteten Räume im Hochparterre, wo Kunstwerke wie etwa zwei Stahlrohre, vier Meter achtzig und drei Meter achtzig lang, zu sehen waren. Es handelte sich, wie auf einem ausliegenden Blatt stand, um den Fahnenmast vorm Centrum-Warenhaus am Ostbahnhof, betitelt: »It is better to live in a state of impermanence than in one of finality, 1978-2018«, was so viel heißt, es sei besser in einem Zustand der Vergänglichkeit zu leben als in einem der Endgültigkeit. Dieter Skiba hielt sich nicht mit der Exegese auf, sondern erklärte, dass zu seiner Zeit sich hier der Leseraum befunden habe, wo – entgegen heutigen Behauptungen – Wissenschaftler, Juristen und Journalisten die angeblich von der Stasi versteckten und geheim gehaltenen Akten offen und öffentlich studierten. Dort, wo die beiden Fahnenstangen waagrecht an einem verzinkten Wandregal hingen, war die Dokumentenausgabe, sagte Skiba und eilte neugierig weiter in die nächsten hellen Räume.

Die Ausstellung mit zwanzig Objekten und Installationen schien improvisiert und unfertig wie das ganze Haus. Als lastete auf den Eigentümern und Betreibern der Druck, etwas vorweisen zu müssen, und sei es auch nur temporär. Egal, die geleistete Arbeit (und die heißt im Kapitalismus Kapital) war solide, die Investition des Vorzeigens wert. Das sah auch Skiba so ...

Nur dass er jetzt wegen der versperrten Tür im dritten Geschoss nicht weiterkommt wie schon im Keller, der sich über zwei Etagen erstreckt, betrübt ihn sichtlich. Zu gern würde er den Raum sehen, in welchem er vor dreißig Jahren als Chef der Hauptverwaltung IX/11 saß und somit Hausherr war in der »Villa des Grauens« (*Berliner Kurier* am 6. September 2016).

Sarie Nijboer reagiert auf Skibas Bitte freundlich mit holländischem Akzent, sie habe nur den Schlüssel für die Eingangstür. Die Mitkuratorin der Ausstellung ließe Skiba gern in sein ehemaliges Büro ein, was ich ihr gern abnehme, denn als der ihr nämlich seine frühere Tätigkeit und seine persönliche Beziehung zum Haus offenbart, zeigt sie sich stärker interessiert, als es die Höflichkeit gebietet. Wenn wieder einmal Tag der offenen Tür sei, würde sie ihn gern begrüßen und den Raum zeigen. Wann dieser Tag sein werde, wisse sie aber nicht.

An ihrer Haltung spürt Skiba, dass die – auch auf dem Info-Blatt zur Ausstellung – kolportierte These von der »Stasi, die in der Villa ihr geheimes NS-Archiv lagerte«, keine erschöpfende Auskunft auf die Frage bietet, womit das halbe Hundert Menschen, welches hier bis 1989 unter seiner Leitung tätig war, sich konkret beschäftigte. Und was sich vor 1945 zutrug, wird auf diese Weise ebenfalls tapfer verschwiegen (es muss doch Gründe gegeben haben, weshalb damals die Russen bis Berlin marschierten). Auf der Stele vorm Haus macht man zweisprachig lediglich den Passanten publik: »In dem ehemaligen Verwaltungsgebäude der Maschinenfabrik Richard Heike, Freienwalder Straße 17, befand sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine Verhörzentrale der sowjetischen Geheimpolizei. Auf dem angrenzenden Werksgelände, Freienwalder Straße 17-19, unterhielt sie bis 1948 ein Haftarbeitslager. In beiden Einrichtungen kam es zu Misshandlungen der Gefangenen. Anfang der 1950er Jahre richtete

das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) hier seine Hauptverwaltung Personenschutz für die Partei- und Staatsführung der DDR ein. Später unterhielt es in dem Haus ein zentrales Geheimarchiv für personenbezogene Unterlagen aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur. Eine eigenständige Dienst Einheit des MfS ermittelte bis 1989 Angaben über NS- und Kriegsverbrecher sowie NS-belastete Personen. Sie stellte kompromittierende Materialien zur Propaganda gegen Politiker und Beamte der Bundesrepublik zusammen. Im benachbarten Backsteingebäude in der Freienwalder Straße 16 befand sich bis 1951 die Sowjetische Kommandantur, später der Sitz des MfS-Wachkommandos für das Sperrgebiet.«

Mal abgesehen von Diktion und Demagogie empört vor allem die dämliche Behauptung, die Akten seien einzig zu dem Zweck gehütet und durchforstet worden, um »kompromittierende Materialien zur Propaganda gegen Politiker und Beamte der Bundesrepublik« zusammenzustellen.

Hier wurde aktiv und intensiv recherchiert. Zwischen 1945 und 1990, das scheint inzwischen völlig vergessen, wurden im Osten Deutschlands 12.890 Personen wegen Nazi- und Kriegsverbrechen verurteilt – fast doppelt so viele wie in den westlichen Zonen beziehungsweise der alten Bundesrepublik. Und das, obwohl dort mehr als drei Mal so viele Menschen lebten und sich ohnehin ein Großteil der Täter in den Westen abgesetzt hatte. Dieter Skiba legte 2016 – gemeinsam mit Reiner Stenzel – eine viel beachtete Publikation über Ermittlungs- und Gerichtsverfahren in der DDR gegen Nazi- und Kriegsverbrecher vor und erfuhr dabei zustimmende Begleitung durch Christiaan Frederik Rüter von der Universität Amsterdam. Der beschäftigt sich seit den 1960er Jahren mit den in Nachkriegsdeutschland absolvierten Strafprozessen zu faschistischen Tötungsverbrechen; inzwischen liegen fünfzig Bände vor, vierzehn (plus Registerband) zu Verfahren in Ostdeutschland beziehungsweise der DDR. Gleichmaßen selbstkritisch wie selbstbewusst bekannte Skiba im Vorwort seines Buches: »Die DDR und ihre Justiz- und Sicherheitsorgane waren nicht frei von Irrtümern und Fehlentscheidungen. Und das war durchaus auch im Umgang mit ehemaligen Nazi-Eliten sowie in Sachen strafrechtlicher Ahndung von Nazi- und Kriegsverbrechen nicht auszuschließen. Dennoch bleibt: Das im Osten und in der DDR auf dem Gebiet der Ahndung von faschistischen Systemverbrechen Geleistete kann sich im internationalen Vergleich sehen lassen. Es war völkerrechtlich geboten und lag im nationalen Interesse derjenigen, die sich dem friedlichen Zusammenleben der Völker verpflichtet fühlten. Ihnen war und ist konsequenter Antifaschismus eine Herzensangelegenheit.«

Wer dies als »Propaganda« banalisiert und diskreditiert und über Häuser, in denen konsequente antifaschistische Aufklärungsarbeit geleistet wurde, den Unsinn verbreitet, sie seien »missbraucht« worden, muss sich nicht wundern, wenn braune Rattenfänger inzwischen mit eigenen Fraktionen in deutschen Parlamenten sitzen. Das aber nur nebenbei.

Dieter Skiba verlässt trotzdem befriedigt die »Villa Heike«. Inzwischen ist man bereits dankbar, wenn ehemalige Dienststellen einem anderen Zweck dienen als der Denunziation und der Kriminalisierung der DDR. Dennoch wäre es für künftige Besucher des Hauses hilfreich, wenn der Genius loci und die »Authentizität von Erinnerungskultur und von Relevanz« (Info-Blatt Villa Heike) nicht nur mit Kunstwerken, sondern auch verbal und vorurteilsfrei vermittelt würden. Da wir im Zeitalter der Vergänglichkeit leben, wie der Künstler Christof Zwiener mit seiner Fahnenstange zeigte, können wir jedoch begründet auch auf die Endlichkeit solch kruder Stelen-Mitteilungen aus der Zeit des Kalten Krieges hoffen.

(Aus »Ossietzky« Nr. 13)

Mit freundlicher Genehmigung des Autors

## »70. Jahrestag der Gründung der DDR, des ersten deutschen Friedensstaates«

**7. Oktober 2019 - 10.00-12.00 Uhr**

### »Alternative Einheitsfeier 2019«

**Die Veranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von  
Verbänden e.V.**

#### Programm

Es sprechen Dr. Matthias Werner, Präsident des OKV e.V.,  
Dr. Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates der Partei DIE LINKE,  
Anja Mewes, Vorsitzende der Friedensglockengesellschaft Berlin e.V. und  
Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP,

Es wirken mit: Isabel Neuenfeldt, Moderatorin, Sängerin, Schauspielerin  
und Tino Eisbrenner, Rockpoet, Sänger, Schauspieler.



**Die Ostdeutsche  
junge Welt**  
Die Veranstaltung wird  
unterstützt von der  
Tageszeitung »junge Welt«

Die Veranstaltung findet am 7. Oktober 2019  
von 10.00 bis 12.00 Uhr im Bürgerhaus Neuenhagen bei Berlin,  
15366 Neuenhagen, Hauptstraße 2 statt. Einlass ab 9.00 Uhr und  
damit die Gelegenheit für interessante Gespräche. Informationstische  
mit Büchern und Dokumentationen laden zum Verweilen ein.

**Karten-Erwerb über die im OKV organisierten Vereine, Freundeskreise und  
sozialen Bündnisse. Am FMP1 bei GRH, GBM und ISOR. Bitte vorbestellen!**  
Einige wenige Karten sind am Tag der Veranstaltung im Bürgerhaus  
Neuenhagen bei Berlin, Hauptstr. 2, 15366 Neuenhagen erhältlich.

#### Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.  
Vorsitzender: Horst Parton  
Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19  
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,  
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.  
Postanschrift:  
ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern  
der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht  
bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt  
werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind  
die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redak-  
tion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 28.08.2019  
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.09.2019  
Einstellung im Internet: 04.10.2019  
Auslieferung: 09.10.2019

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin  
Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.  
Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316  
Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317  
Rechtsfragen Peter Ott (Di. u. Do.) – Tel.: (030) 29784315  
– Fax: (030) 29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:  
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse  
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56  
BIC: BELADEVXXX

Sprechstunden der AG Recht:  
Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr  
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16